## **S 4 AS 61/24 ER**

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land -

Sozialgericht Landessozialgericht Sachsen-Anhalt Sachgebiet Grundsicherung für Arbeitsuchende

Abteilung -

Kategorie Beschluss

Bemerkung -Rechtskraft -

Deskriptoren Mietschulden

einstweiliger Rechtsschutz Beschwerdeverfahren

Mieterhöhung

Kosten der Unterkunft und Heizung

KdUH

Angemessenheitsgrenze Kündigung Mietvertrag Anordnungsanspruch

Schulwechsel Kinderzimmer Darlehen

längerfristige Sicherung der angemessenen Unterkunft

Leitsätze -

Normenkette SGG § 86b Abs 2 Satz 2

SGB II <u>§ 22 Abs 8</u>

SGB II § 22 Abs 8 Satz 2

1. Instanz

Aktenzeichen S 4 AS 61/24 ER Datum 22.04.2024

2. Instanz

Aktenzeichen L 4 AS 167/24 B ER

Datum 09.07.2024

3. Instanz

Datum -

Die Beschwerde der Antragsteller gegen den Beschluss des Sozialgerichts Dessau-Ro̸lau vom 22. April 2024 wird zurückgewiesen.

Kosten sind nicht zu erstatten.

Der Antrag auf Gew $\tilde{A}$ xhrung von Prozesskostenhilfe f $\tilde{A}$ xr das Beschwerdeverfahren wird abgelehnt.

Gründe:

١.

Die Antragsteller und Beschwerdeführer (im Weiteren: Antragsteller) begehren im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes von dem Antrags- und Beschwerdegegner (im Weiteren: Antragsgegner) die Gewährung eines Darlehens zur Begleichung ihrer Mietschulden.

Die 1989 geborene Antragstellerin und ihr 2015 geborener Sohn, der Antragsteller, beziehen laufend Leistungen der Grundsicherung fA<sup>1</sup>/<sub>4</sub>r Arbeitsuchende, Bürgergeld nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) vom Antragsgegner. Die Antragstellerin lebte zunĤchst in D. Im September 2014 mietete sie ohne Zusicherung eine 58,11 m2 gro̸e Wohnung in der StraÃ∏e d. F. in G., Ortsteil Z., für die sie eine Gesamtmiete von 380 â∏¬ zahlte. Im Jahr 2015 beantragte sie beim Antragsgegner die Zusicherung zum Umzug in ein Reihenhaus am G-S Platz in Z. mit einer Wohnfläche von 79 m2, für das eine Gesamtmiete von 573,52 â□¬ anfiel (Kaltmiete: 343,52 â□¬, Betriebskosten: 80 â□¬, Vorauszahlung für Heizung und Warmwasser: 150 â∏¬). Der Antragsgegner erteilte die Zusicherung zum Umzug nicht. Gleichwohl bezogen die Antragstellerin und ihr damaliger LebensgefĤhrte im August 2015 das Reihenhaus. Am 21. September 2015 wurde der Antragsteller geboren. Zum 1. MĤrz 2016 zog der damalige LebensgefÄxhrte der Antragstellerin aus. Der Antragsgegner berücksichtigt bei den Leistungen für die Kosten der Unterkunft und Heizung (KdUH) seit Jahren nur die seiner Auffassung nach angemessenen Kosten.

Ab Dezember 2021 erhöhte der Vermieter die Kaltmiete fÃ $\frac{1}{4}$ r das Haus um 68,70 â $\Box$ ¬. Dagegen ging die Antragstellerin gerichtlich vor und bezahlte die erhöhte Miete nicht. Mit Urteil des Amtsgerichts W. vom 3. Juli 2023 wurde sie verurteilt, der Erhöhung der Nettokaltmiete auf monatlich 412,22 â $\Box$ ¬ mit Wirkung ab dem 1. Dezember 2021 zuzustimmen. Zu diesem Zeitpunkt belief sich die Gesamtmiete auf 642,22 â $\Box$ ¬.

Von einer Forderung des Vermieters aus der Betriebskostenabrechnung f $\tilde{A}^{1}/4$ r das Jahr 2021 von 791,05  $\hat{a} \cap \tilde{A}^{1}/4$ bernahm der Antragsgegner einen Teilbetrag von 33,60  $\hat{a} \cap (Bescheid vom 22. Oktober 2022).$ 

Die Antragstellerin ist nicht erwerbst $\tilde{A}$ xtig und hat kein Einkommen. Der Antragsteller, der die 2. Klasse der Grundschule in Z. (voraussichtlich noch bis Juni 2026) besucht, bezieht Unterhaltsleistungen von 301  $\hat{a}$  monatlich. Zudem wird  $f\tilde{A}$ 4r ihn Kindergeld von 250  $\hat{a}$ 7 gezahlt.

Am 28. September 2023 beantragten die Antragsteller beim Antragsgegner die darlehensweise  $\tilde{A} \Box$  bernahme ihrer Mietschulden in H $\tilde{A}$ ¶he von damals insgesamt 2.409,72  $\hat{a} \Box \neg$ . Sie f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ hrten zur Begr $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ndung aus, die Schulden resultierten aus

der Mieterhöhung (1.602,70 â□¬), der Betriebskostenabrechnung für 2021 (791,05 â□¬) und der Erhöhung der Betriebskostenvorauszahlung ab September 2023 (+16 â□¬). Der Antragsgegner lehnte den Antrag mit Bescheid vom 10. Oktober 2023 ab. Die Mietkosten lägen über dem Höchstsatz der angemessenen KdUH, sodass weiterhin Mietrückstände entstehen würden. Eine unangemessene Unterkunft könne nicht gesichert werden. Den dagegen eingelegten Widerspruch wies der Antragsgegner mit Widerspruchsbescheid vom 22. Januar 2024 zurück. Dagegen haben die Antragsteller Klage bei dem Sozialgericht Dessau-RoÃ□lau (SG) erhoben, die unter dem Aktenzeichen S 4 AS 54/23 geführt wird.

Mit Bescheid vom 5. Oktober 2023 bewilligte der Antragsgegner Leistungen f $\tilde{A}^{1}$ /4r den Zeitraum von November 2023 bis Oktober 2024. Dabei ber $\tilde{A}^{1}$ /4cksichtigte er KdUH von 687,78  $\hat{a}$  $\Box$ ¬, die sich aus einer angemessenen Bruttokaltmiete von 367,20  $\hat{a}$  $\Box$ ¬ und Heizkostenvorauszahlungen von 320,58  $\hat{a}$  $\Box$ ¬ zusammensetzten.

Mit Betriebskostenabrechnung fÃ $\frac{1}{4}$ r das Jahr 2022 vom 19. Oktober 2023 forderte die Hausverwaltung von den Antragstellern eine Nachzahlung von 3.048,90 â $_{\Box}$ ¬ (209,39 â $_{\Box}$ ¬ fÃ $\frac{1}{4}$ r die Betriebskosten und 2.839,51 â $_{\Box}$ ¬ fÃ $\frac{1}{4}$ r die Heizkosten), die am 20. November 2023 fÃ $_{\Box}$ llig war. Zugleich erhÃ $_{\Box}$ hte der Verwalter die Vorauszahlungen fÃ $\frac{1}{4}$ r die Betriebskosten um 16 â $_{\Box}$ ¬ auf 96 â $_{\Box}$ ¬ und fÃ $_{\Box}$ 4r die Heizkosten von150 â $_{\Box}$ ¬ auf 386 â $_{\Box}$ ¬, sodass seit November 2023 eine Gesamtmiete von 894,22 â $_{\Box}$ ¬ zu zahlen ist.

Einen Antrag auf  $\tilde{A}_{\Box}$ bernahme der Forderung aus der Abrechnung lehnte der Antragsgegner mit Bescheid vom 20. Februar 2024 ab, gew $\tilde{A}_{\Box}$ hrte aber mit  $\tilde{A}_{\Box}$ nderungsbescheid vom selben Tag den Antragstellern h $\tilde{A}_{\Box}$ here Leistungen f $\tilde{A}_{\Box}$ r die KdUH unter Ber $\tilde{A}_{\Box}$ cksichtigung der tats $\tilde{A}_{\Box}$ chlichen Heizkostenvorauszahlungen von 386  $\hat{a}_{\Box}$   $\tilde{A}_{\Box}$ r November und Dezember 2023. Ab Januar 2024 ber $\tilde{A}_{\Box}$ cksichtigte er auf der Grundlage des Vorjahresverbrauchs Heizkostenvorauszahlungen von 306,42  $\hat{a}_{\Box}$  (KdUH-Leistungen: 673,62  $\hat{a}_{\Box}$ ). Gegen beide Bescheide gingen die Antragsteller nicht vor.

Mit Schreiben vom 25. Januar 2024 sprach die Hausverwaltung im Namen des Vermieters gegenüber den Antragstellern die sofortige, hilfsweise die ordentliche Kündigung des Mietverhältnisses aus. Die Antragstellerin befinde sich mit mehr als zwei Monatsmieten in Zahlungsverzug.

Am 22. Februar 2024 haben die Antragsteller beim SG einen Antrag auf GewĤhrung einstweiligen Rechtsschutzes gestellt. Der Antragsgegner mýsse im Wege der einstweiligen Anordnung verpflichtet werden, ihnen ein Darlehen ýber 5.980,25 â ¬ zu gewĤhren, das sie dringend benĶtigten, um ihre Mietschulden auszugleichen. Andernfalls drohe ihnen Wohnungsnot. Der Antragsgegner verkenne ihre besondere Situation. Sie stünden weiterhin im Leistungsbezug nach dem SGB II und seien nicht in der Lage, mit eigenen Mitteln den Mietrückstand auszugleichen. Es müsse SGB II-Leistungsberechtigten möglich sein, in der Umgebung von Nichthilfeempfängern und ähnlich wie diese zu leben. Dies bedeute für die Abwägungsentscheidung, dass sie sich auf eine aus dem

Sozialstaatsprinzip und der Verpflichtung des Staates zum Schutze der Menschenwürde resultierende Schutzposition berufen könnten. Das Interesse des Antragsgegners, finanzielle Mittel nur nach den gesetzlichen Regelungen zu verwenden, müsse dahinter zurücktreten. Ein Umzug in eine Zweizimmerwohnung sei ihnen nicht zumutbar, da der Antragsteller als Kind Anspruch auf ein eigenes Zimmer habe.

Dazu hat der Antragsgegner ausgefļhrt, die Aufwendungen für die KdUH der Antragsteller lĤgen seit dem Einzug in die Unterkunft erheblich ļber den jeweils geltenden Angemessenheitswerten im Landkreis W. Aktuell sei fÃ1/4r einen Zwei-Personenhaushalt im Vergleichsraum â∏Ã∏briger Landkreisâ∏∏ eine Bruttokaltmiete von 367,20 â∏¬ angemessen. Die Bruttokaltmiete der Antragsteller liege 141,02 â∏¬ darüber. Zudem seien die Heizkosten von monatlich 386 â∏ unangemessen. Die Antragsteller hÄxtten bereits mehrere Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes geführt, mit denen sie die Ã∏bernahme der tatsÃxchlichen KdUH begehrt hÃxtten. Drei Klagen mit demselben Begehren seien mit Urteilen des SG vom 29. MĤrz 2023 abgewiesen worden. Das SG habe keine Gründe für eine objektive oder subjektive Unmöglichkeit eines Umzugs feststellen kA¶nnen. Einem Zweipersonenhaushalt stehe tatsAxchlich ausreichend anmietbarer Wohnraum im Vergleichsraum zur Verfügung. Es sei zu bezweifeln, dass es sich hier um Mietschulden im Sinne von § 22 Abs. 8 SGB II handele, denn das Darlehen setze sich aus der â∏Nachzahlungâ∏∏ der Mieterhöhung von 2.409,75 â∏¬ und der Forderung aus der Betriebskostenabrechnung für das Jahr 2021 zusammen. Eine ̸bernahme von Schulden könne nur dann gerechtfertigt und notwendig sein, wenn sie eine Obdachlosigkeit des Leistungsberechtigten durch Verbleib in der bisherigen kostenangemessenen Unterkunft verhindere. Die gesetzliche Regelung des § 22 Abs. 8 SGB II diene dem langfristigen Erhalt der Wohnung. Die Schuldenļbernahme mļsse daher zu einer dauerhaften Sicherung der Unterkunft führen. Dies bedeute, dass die Kosten der zu sichernden Unterkunft grundsÄxtzlich innerhalb der Angemessenheitsgrenzen liegen müssten (vgl. Bundessozialgericht [BSG], Urteil vom 17. Juni 2010, <u>B 14 AS 58/09 R</u>, juris). Die KdUH der Antragsteller lĤgen erheblich ļber den Angemessenheitsgrenzen für einen Zweipersonenhaushalt. Daher wäre ein langfristiger Erhalt der konkreten Unterkunft selbst bei Anbernahme der aktuellen Schulden nicht gesichert. Eine DarlehensgewĤhrung sei nicht gerechtfertigt.

Die Antragsteller haben vorgetragen, ihnen sei auch aus finanziellen Gründen ein Umzug nicht möglich. Dem Antragsgegner sei es verwehrt, sich auf die Angemessenheitswerte im Landkreis W. zu berufen, da die Kosten eines Umzugs in keinem wirtschaftlichen Verhältnis zu den bisherigen Mietkosten stünden. Es dürfe nicht ihnen angelastet werden, dass der Vermieter die Miete erhöht habe. Zudem mangele es an passendem Wohnraum in ihrem näheren Umfeld. Sie wollten dem Antragsteller den weiteren Besuch Grundschule in Z. sichern. Zudem sei zu berücksichtigten, dass der Vermieter aufgrund der bestehenden Mietrückstände wohl keine wohlwollende Vermieterbescheinigung erstellen werde, was eine erfolgreiche Wohnungssuche schwierig mache. Der geltend gemachte Darlehensbetrag ergebe sich aus der beigefügten Forderungsaufstellung der Hausverwaltung. Es treffe nicht zu, dass die

Antragstellerin ihrer Selbsthilfeverpflichtung nicht nachkomme. Sie habe im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten bereits Ratenzahlungen erbracht. Im Zeitraum von September 2023 bis zum 15. Februar 2024 habe sie Ã⅓ber die KdUH-Leistungen des Antragsgegners hinaus zusätzliche Zahlungen an den Vermieter von insgesamt 810 â∏¬ erbracht.

Mit Beschluss vom 22. April 2024 hat das SG den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung abgelehnt und zur Begründung ausgeführt, ein Anordnungsgrund sei nicht glaubhaft gemacht worden. Es kanne offenbleiben, ob die Antragsteller Mietschulden im Sinne von § 22 Abs. 8 Satz 1 SGB II hÃxtten, denn die Vorschrift erfasse alle Schulden, die im MietverhĤltnis gründeten. Es bestünden Zweifel an der RechtmäÃ∏igkeit der Kündigung des MietverhĤltnisses durch die Vermieterin. Die gesetzte RĤumungsfrist (bis zum 29. Februar 2024) sei abgelaufen. Die Antragsteller bewohnten weiterhin das Haus, das MietverhĤltnis werde faktisch fortgesetzt. Die DarlehenshĶhe sei nicht glaubhaft gemacht worden. Der geltend gemachte Betrag sei nicht die Summe aus der Forderung, deren darlehensweise A

bernahme mit Bescheid vom 10. Oktober 2023 abgelehnt worden sei (2.409,42  $\hat{a} \square \neg$ ), und der Betriebskostennachforderung f $\tilde{A}^{1}/4$ r das Abrechnungsjahr 2022 (3.048,90 â∏¬). Zudem hätten die Antragsteller aufgrund des Annderungsbescheids vom 20. Februar 2024 eine Nachzahlung von insgesamt 261,68 â∏¬ (auf die Heizkosten) erhalten. Es sei nicht ersichtlich, dass dieser Betrag bei der Berechnung des benĶtigten Darlehens berļcksichtigt worden sei. Schlie̸lich seien die streitgegenständlichen Bescheide teilweise bestandskrĤftig geworden. Dies gelte insbesondere für die Ablehnung des Antragsgegners, die Betriebskostennachforderung fýr das Jahr 2022 zu übernehmen. Es könne daher offenbleiben, ob die Ã∏bernahme eines Darlehens bereits deshalb zu verwehren sei, weil aufgrund der Unangemessenheit der KdUH-Aufwendungen der Antragsteller eine Sicherung der Unterkunft dauerhaft nicht erreicht werden kA¶nne.

Gegen den ihnen am 24. April 2024 zugestellten Beschluss haben die Antragsteller am 16. Mai 2024 Beschwerde eingelegt und die Bewilligung von Prozesskostenhilfe fýr das Beschwerdeverfahren beantragt. Zur Beschwerdebegründung haben sie geltend gemacht, es sei unerheblich, ob die ausgesprochene Kündigung des Vermieters rechtmÃxÃ∏ig sei. Diese zivilrechtliche Frage sei im Rahmen einer zu erwartenden RÃxumungsklage zu klÃxren. Die Darlehenshöhe sei glaubhaft gemacht worden, denn sie ergebe sich aus der Forderungsaufstellung des Hausverwalters vom 22. Februar 2024. Gegen etwaig bestandskrÃxftig gewordene Ablehnungsbescheide seien inzwischen Ã□berprüfungsantrÃxge beim Antragsgegner gestellt worden. Bislang habe der Vermieter noch keine RÃxumungsklage erhoben.

Die Antragsteller beantragen nach ihrem schriftlichen Vorbringen sinngemĤÃ□,

den Beschluss des Sozialgerichts Dessau-RoÃ□lau vom 22. April 2024 aufzuheben und den Antragsgegner im Wege der einstweiligen Anordnung zu verpflichten, ihnen vorläufig ein Darlehen über 5.980,25 â□¬ zur Tilgung ihrer Mietschulden zu gewähren und den Betrag an den Vermieter auszuzahlen.

Der Antragsgegner beantragt,

A GIE Beschwerde zurückzuweisen.

Er hält den angegriffenen Beschluss fþr rechtmäÃ∏ig und weist darauf hin, dass nicht nur die Bruttokaltmiete, sondern auch die Heizkosten der Antragsteller unangemessen hoch seien. Der Bundesweite Heizspiegel 2023 weise fþr das Heizen mit Fernwärme einen Verbrauch von 203 kWh je m² und Jahr, mithin insgesamt 12.180 kWh fþr eine angemessene Wohnfläche von 60 m2 aus. Die Antragsteller hätten im Jahr 2022 15.343 kWh verbraucht.

Mit Schreiben vom 28. Mai 2024 hat die Berichterstatterin die Antragsteller um Angaben zur bisherigen Wohnungssuche gebeten. Der Vortrag sei glaubhaft zu machen. Die Frage ist bis zur Entscheidung des Senats nicht beantwortet worden.

Eine Internetrecherche der Berichterstatterin am 8. Juli 2024 ergab ein Wohnungsangebot f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r eine Dreiraumwohnung in Z. zu einer Bruttowarmmiete von 450  $\hat{a}_{3}$ , sowie Angebote f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r drei Zweiraumwohnungen mit Wohnfl $\tilde{A}$  chen von 67 bzw. 51 und 52 m $\hat{A}^{2}$  mit Bruttowarmmieten von 465  $\hat{a}_{3}$ , 485  $\hat{a}_{3}$  und 460  $\hat{a}_{3}$ .

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf die Gerichtsakte und die beigezogenen VerwaltungsvorgĤnge des Antragsgegners sowie die Unterlagen zum KdUH-Konzept des Landkreises W. 2021 nebst Fortschreibung ergĤnzend Bezug genommen. Die genannten Unterlagen sind Gegenstand der Beratung des Senats gewesen.

11.

Die Beschwerde ist nach  $\frac{\hat{A}\S}{173}$  Sozialgerichtsgesetz (SGG) form- und fristgerecht eingelegt worden. Sie ist auch statthaft gem $\tilde{A}$  $\cong$  $\cong$  $\tilde{A}$  $\cong$ 

Die zulĤssige Beschwerde ist jedoch unbegründet. Die Antragsteller haben gegen den Antragsgegner keinen Anspruch auf die Ã□bernahme ihrer Mietschulden im Wege eines Darlehens glaubhaft gemacht.

Das Gericht kann nach § 86b Abs. 2 SGG eine einstweilige Anordnung zur Regelung eines vorlĤufigen Zustands in Bezug auf ein streitiges RechtsverhĤltnis treffen, wenn eine solche Regelung zur Abwendung wesentlicher Nachteile nĶtig erscheint. Voraussetzung einer Regelungsanordnung ist gemĤÄ∏ § 86b Abs. 2 Satz 4 SGG in Verbindung mit § 920 Abs. 2 Zivilprozessordnung (ZPO) die Glaubhaftmachung eines Anordnungsgrunds (die Eilbedļrftigkeit der Regelung zur Abwendung wesentlicher Nachteile) und eines Anordnungsanspruchs (die hinreichende Wahrscheinlichkeit eines in der Hauptsache gegebenen materiellen

Leistungsanspruchs). Grundsätzlich soll wegen des vorläufigen Charakters der einstweiligen Anordnung die endgültige Entscheidung der Hauptsache nicht vorweggenommen werden. Der BeweismaÃ□stab im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes erfordert im Gegensatz zu einem Hauptsacheverfahren für das Vorliegen der anspruchsbegründenden Tatsachen nicht die volle richterliche Ã□berzeugung. Dies erklärt sich mit dem Wesen dieses Verfahrens, das wegen der Dringlichkeit der Entscheidung regelmäÃ□ig keine eingehenden, unter Umständen langwierigen Ermittlungen zulässt. Deshalb kann im einstweiligen Rechtsschutzverfahren nur eine vorläufige Regelung längstens für die Dauer des Klageverfahrens getroffen werden, die das Gericht der Hauptsache nicht bindet.

Anordnungsanspruch und Anordnungsgrund sind glaubhaft gemacht, wenn die tatsÄxchlichen Voraussetzungen ļberwiegend wahrscheinlich sind. Dies erfordert, dass mehr für als gegen die Richtigkeit der Angaben spricht (vgl. Keller in: Meyer-Ladewig/Keller/ Schmidt, SGG, 14. Auflage 2023, § 86b RN 16 b, 41). Soweit â∏∏ wie auch hier â∏ mit einer einstweiligen Anordnung zugleich eine Vorwegnahme der Entscheidung in der Hauptsache verbunden ist, sind erhä¶hte Anforderungen an die Glaubhaftmachung des Anordnungsanspruchs und des Anordnungsgrunds zu stellen, weil der einstweilige Rechtsschutz trotz des berechtigten Interesses des Rechtsuchenden an unaufschiebbaren gerichtlichen Entscheidungen nicht zu einer Verlagerung von endgļltigen Entscheidungen in das Verfahren des vorlĤufigen Rechtsschutzes führen darf. Erforderlich ist das Vorliegen einer gegenwÃxrtigen und dringenden Notlage, die eine sofortige Entscheidung unumgĤnglich macht. Soweit es um die Sicherung einer menschenwürdigen Existenz geht, müssen die Gerichte die Sach- und Rechtslage abschlie̸end prüfen, bzw., wenn dies nicht möglich ist, auf der Basis einer Folgenabwägung auf Grundlage der bei summarischer Prüfung bekannten Sachlage entscheiden (vgl. BVerfG, Beschluss vom 12. Mai 2005, Az.: <u>1 BvR 569/05</u>, Breithaupt 2005, 830 ff.).

Ein Anordnungsanspruch ist im Zeitpunkt der Entscheidung des Senats nicht glaubhaft gemacht. Nach <u>§ 22 Abs. 8 Satz 1 SGB II</u> können, sofern Leistungen für Unterkunft und Heizung erbracht werden, auch Schulden übernommen werden, soweit dies zur Sicherung der Unterkunft oder Behebung einer vergleichbaren Notlage gerechtfertigt ist. Die Entscheidung nach Satz 1 steht im pflichtgemäÃ∏en Ermessen des SGB II-Leistungsträgers. Dieses Ermessen verdichtet sich zu einem sog. gebundenen Ermessen, wenn die Voraussetzungen des Satzes 2 der Vorschrift vorliegen. Dann verbleibt dem LeistungstrĤger im Regelfall â∏ abgesehen von besonders gelagerten Ausnahmen â∏ kein Ermessensspielraum mehr. Nach <u>§ 22 Abs. 8 Satz 2 SGB II</u> sollen Schulden  $\tilde{A}\frac{1}{4}$ bernommen werden, wenn dies gerechtfertigt und notwendig ist und sonst Wohnungslosigkeit einzutreten droht. VermĶgen nach § 12 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 4 Satz 1 SGB II ist vorrangig einzusetzen. Geldleistungen sollen als Darlehen erbracht werden (§ 22 Abs. 8 Satz 4 SGB II). Vom Regelungsgehalt der Vorschrift ist nicht nur die ̸bernahme von Mietschulden, sondern darüber hinaus auch eine solche von sonstigen Schulden â□□ insbesondere von Energiekostenrückständen â∏ erfasst. RegelmäÃ∏ig setzt der Erlass einer einstweiligen Anordnung insoweit wegen der nur eingeschrämnkten gerichtlichen

Kontrolle von Ermessensentscheidungen voraus, dass der Tatbestand von  $\frac{\hat{A}\S}{22}$  Abs. 8 Satz 2 SGB II erf $\tilde{A}^{1}$ /4llt ist.

In Betracht kommt eine Schuldenübernahme nach <u>§ 22 Abs. 8 Satz 2 SGB II</u> nur, wenn diese objektiv geeignet ist, die derzeit bewohnte Wohnung als Unterkunft langfristig und dauerhaft zu sichern, wenn der Leistungsberechtigte seine zumutbaren Selbsthilfemöglichkeiten ausgeschöpft hat und zudem Wohnungslosigkeit droht. Daneben sind sonstige Umstände, wie die Höhe der Rückstände, ihre Ursachen, der konkrete von der Sperrung betroffene Personenkreis oder das in der Vergangenheit gezeigte Verhalten zu berücksichtigen (so auch: Beschluss des 5. Senats des LSG Sachsen-Anhalt vom 18. Dezember 2013, Az.: L 5 AS 683/13 B ER, juris).

Bei den Forderungen des Vermieters handelt es sich ausweislich des vorgelegten Kontoauszugs fÃ $^{1}$ /4r das Mietkonto der Antragstellerin vom 22. Februar 2024 im Wesentlichen um ZahlungsrÃ $^{1}$ /4ckstÃ $^{2}$ nde der Antragsteller fÃ $^{3}$ /4r die Kaltmiete (aufgrund der MieterhÃ $^{4}$ hung) von monatlich 68,70 â $^{1}$  $^{2}$  monatlich seit Dezember 2021, die Forderungen aus den Betriebskostenabrechnungen fÃ $^{3}$ /4r 2020 (103,51 â $^{1}$  $^{2}$ ), 2021 (791,05 â $^{1}$  $^{2}$ ) und 2022 (3.048,90 â $^{1}$  $^{2}$ ) abzÃ $^{3}$ /4glich der seit September 2023 erbrachten â $^{1}$  $^{2}$ Ratenzahlungenâ $^{1}$  $^{2}$  der Antragsteller in einer GesamthÃ $^{4}$ he von 810 â $^{1}$  $^{2}$ .

Wie das SG im angegriffenen Beschluss zutreffend ausgefýhrt hat, ist vorliegend die Voraussetzung der drohenden Wohnungslosigkeit fýr eine im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes erforderliche Ermessensreduzierung (§ 22 Abs. 8 Satz 2 SGB II â∏sollen ýbernommen werdenâ∏) nicht glaubhaft gemacht worden. Denn Wohnungslosigkeit im Sinne der Regelung setzt voraus, dass der Verlust der bislang bewohnten Wohnung droht, diese kostenangemessenen ist und zugleich die Möglichkeit fehlt, eine ebenfalls angemessene Ersatzwohnung anzumieten (vgl. BSG, Urteil vom 17. Juni 2010, Az.: B 14 AS 58/09 R, juris 2. Orientierungssatz bzw. RN 30).

Obwohl der Vermieter derzeit das MietverhĤltnis mit den Antragstellern faktisch fortsetzt und noch keine RĤumungsklage erhoben hat, geht der Senat davon aus, dass ihnen der Verlust der aktuell bewohnten Unterkunft (nach einer RĤumungsklage) weiterhin droht. Indes ist â∏ nach summarischer Prüfung des Senats â∏ die von den Antragstellern derzeit bewohnte Wohnung nicht angemessen. AuÃ∏erdem kann nicht festgestellt werden, dass es ihnen nicht möglich oder zumutbar ist, eine angemessene Ersatzwohnung zu beziehen.

Das ab August 2015 bewohnte Reihenhaus war von Anfang an  $\hat{a}_{\parallel}$  sogar f $\tilde{A}_{4}$ r die zeitweise dreik $\tilde{A}_{9}$ pfige Bedarfsgemeinschaft  $\hat{a}_{\parallel}$  unangemessen gro $\tilde{A}_{\parallel}$  und unangemessen teuer. Bemerkenswerterweise ist es den Antragstellern in der Vergangenheit gelungen, die vom Antragsgegner nicht ber $\tilde{A}_{4}$ cksichtigten unangemessenen Kosten irgendwie aufzubringen. Jedoch gelingt ihnen das  $\hat{a}_{\parallel}$  seit der ab Dezember 2021 wirksamen Erh $\tilde{A}_{9}$ hung der Kaltmiete um 68,70  $\hat{a}_{\parallel}$  and dem Anstieg der Energiekosten seit 2021 nicht mehr. Aktuell betr $\tilde{A}_{9}$  die monatliche Differenz zwischen den SGB II-Leistungen f $\tilde{A}_{4}$ r die KdUH (673,62  $\hat{a}_{\parallel}$ ),

Bescheid vom 13. Mai 2024) und den tatsächlichen Gesamtkosten (894,22 â□¬) monatlich 220,60 â□¬. Obwohl sich die Antragstellerin bemüht, mit zusätzlichen â□□Ratenzahlungenâ□□ von etwa 100 bis 150 â□¬ monatlich die aufgelaufenen Zahlungsrückstände zu verringern, gelingt ihr dies nicht. Diese zusätzlichen Zahlungen führen nicht einmal dazu, dass die laufenden monatlichen Unterkunftskosten beglichen werden. Vielmehr erhöhen sich die Zahlungsrückstände.

Insoweit geht der Senat davon aus, dass die Leistungsberechtigten ihre zumutbaren SelbsthilfemĶglichkeiten durch die erbrachten Zusatzzahlungen ausgeschĶpft haben. Aus den vorliegenden Unterlagen ergeben sich keine Anhaltspunkte dafļr, dass den Antragstellern andere Geldquellen offenstehen oder sie über sog. Schonvermögen im Sinne von § 12 Abs. 1 Satz 2 oder Abs. 4 SGB II verfügen, die sie zur Schuldentilgung einsetzen kA¶nnten. Neben den Regelbedarf verfA¼gt die Antragstellerin über Mehrbedarfsleistungen für Alleinerziehende in Höhe von 67,65 â∏¬ monatlich. Zudem bezieht sie aufgrund der Teilnahme an einer MaÃ⊓nahme zur Teilhabe am Arbeitsleben Mehrbedarfsleistungen gemäÃ∏ § 21 Abs. 4 SGB II (6,57 â∏¬ täglich), die grundsätzlich auf die Laufzeit der Ma̸nahme (vom 29. April bis zum 28. August 2024) beschränkt sind. Es ist der Antragstellerin nicht zuzumuten, die Mehrbedarfsleistungen vollstĤndig zur Begleichung der tatsÄxchlichen Unterkunftskosten und Abtragung der Zahlungsrückstände einzusetzen, was erforderlich wäre, um die monatlich anfallenden tatsÄxchlichen Wohnkosten aufzubringen und eine (sehr) geringe Reduzierung der Schuldenlast zu erreichen.

Maà geblich ist, dass das von den Antragstellern bewohnte Reihenhaus fà ¼r eine zweiköpfige Bedarfsgemeinschaft, deren angemessene Wohnflà zche bei 60 m² liegt, mit einer Wohnflà che von 79 m² unangemessen groà und unangemessen teuer ist.

Die seit November 2023 von den Antragstellern zu zahlende Bruttokaltmiete von 508,22 â $\Box$ ¬ (Kaltmiete: 412,22 â $\Box$ ¬, Betriebskosten: 96 â $\Box$ ¬) Ã $^1$ 4bersteigt die Angemessenheitsgrenze des Antragsgegners von aktuell 367,20 â $\Box$ ¬. Nach einer vorlÃ $^2$ ufigen PrÃ $^1$ 4fung des Senats sind keine Anhaltspunkte dafÃ $^1$ 4r ersichtlich, dass die Angemessenheitswerte nicht auf einem der Rechtsprechung des BSG entsprechenden â $\Box$ schlÃ $^1$ 4ssigen Konzeptâ $\Box$  beruhen. Zwar hat der Senat noch nicht Ã $^1$ 4ber das seit 2021 geltende Konzept des Antragsgegners entschieden. Aber nach Durchsicht des Methodenberichts ergeben sich fÃ $^1$ 4r den Senat derzeit â $\Box$ 0 auch aufgrund seiner Befassung mit frÃ $^1$ 4heren Konzepten fÃ $^1$ 4r den Landkreis W. â $\Box$ 1 keine rechtlichen Bedenken an der Vorgehensweise und den festgestellten Angemessenheitswerten.

Selbst wenn man die Auffassung verträte, das Konzept sei rechtswidrig, der Antragsgegner sei nicht zu einer Nachbesserung bereit und es seien Höchstbeträge nach Wohngeldgesetz für die Bruttokaltmiete heranzuziehen, bliebe das Ergebnis der preislichen Unangemessenheit der Unterkunft der Antragsteller: Denn der Höchstbetrag für die Bruttokaltmiete liegt für einen Zweipersonenhaushalt im Bereich der Stadt G. bei 461 â□¬ und damit unter dem

von den Antragstellern zu zahlenden Betrag von 508,22 â□¬. Auch ein 10%iger Sicherheitszuschlag (vgl. BSG, Urt. v. 12. Dezember 2013, <u>B 4 AS 87/12 R</u>, juris RN 27; BSG, Urt. v. 16. Juni 2016, <u>B 4 AS 44/14 R</u>, juris RN 30) würde nicht dazu führen, dass die tatsächliche Bruttokaltmiete bei der Leistungsgewährung vollständig zu berücksichtigen wäre.

Zudem sind die Heizkosten der Antragsteller deutlich zu hoch. Sie verbrauchten im Jahr 2022 15.343 kWh FernwĤrme. Nach dem Bundesdeutschen Heizspiegel 2023, der auf den Verbrauchszahlen im Jahr 2022 beruht, führt bereits ein Verbrauch von 203 kWh pro m² und Jahr (insgesamt 12.180 kWh) zu einem zu hohen Verbrauch (Grenzwert). Aufgrund des sehr hohen FernwĤrmeverbrauchs belĤuft sich seit November 2023 die Vorauszahlung für die Heiz- und Warmwasserkosten auf 386 â☐¬ monatlich. Zugunsten der Antragsteller hat der Antragsgegner bei der Berechnung der von ihm bei den KdUH-Leistungen berücksichtigten Vorauszahlungen nicht die FernwĤrmekosten nach dem Bundesdeutschen Heizspiegel, deren Höchstbetrag von 23,11 â☐¬ pro m² und Jahr nur zu einem monatlichen Abschlag von 115,55 geführt hätte, zugrunde gelegt, sondern hat den auf der Grundlage des tatsächlichen Verbrauchs ermittelten Vorauszahlungsbetrag des Versorgers auf einen angemessenen Verbrauch reduziert und gewĤhrt monatlich 306,43 â☐¬.

Die von den Antragstellern bewohnte Unterkunft ist ersichtlich erheblich zu teuer und kĶnnte auch durch die begehrte darlehensweise Ä∏bernahme der aufgelaufenen ZahlungsrļckstĤnde nicht dauerhaft gesichert werden. Denn nach einer DarlehensgewĤhrung müssten die Antragsteller nicht nur die monatliche Differenz zu den KdUH-Leistungen des Antragsgegners von 220,26 â∏ tragen, sondern auch das erhaltene Darlehen mit monatlichen Raten von 5% des maÄ∏geblichen Regelbedarfs der Antragstellerin als Darlehensnehmerin (derzeit 28,15 â∏¬) tilgen (§ 42a Abs. 2 SGB II).

Letztlich  $\tilde{A}\frac{1}{4}$ berschreiten die Unterkunftskosten der Antragsteller die Angemessenheitsgrenze des Antragsgegners um 25%, was nicht als geringf $\tilde{A}\frac{1}{4}$ gig angesehen werden kann. Dem Senat sind durchaus  $\tilde{F}$ A $^{*}$ zlle bekannt, in denen Bedarfsgemeinschaften die Differenz zwischen tats $\tilde{A}$  $^{*}$ zchlicher und angemessener Miete durch Zahlungen aus eigenen Mitteln dauerhaft decken  $\hat{a}_{\square}$  so wie das der Antragstellerin in der Vergangenheit gelungen ist. Allerdings erfolgt dies zumeist aus den Freibetr $\tilde{A}$  $^{*}$ gen aus Erwerbseinkommen. In einem solchen Einzelfall kann der Erhalt der Wohnung gerechtfertigt sein. Hier hingegen verf $\tilde{A}\frac{1}{4}$ gt die Antragstellerin nicht  $\tilde{A}\frac{1}{4}$ ber Freibetr $\tilde{A}$  $^{*}$ ge aus Erwerbseinkommen oder dauerhaft  $\tilde{A}\frac{1}{4}$ ber sonstige finanzielle Mittel, die keine Bedarfsposition abdecken. Die Gew $\tilde{A}$  $^{*}$ hrung der Mehrbedarfsleistungen nach  $\tilde{A}$  $^{*}$  21 Abs. 4 SGB II endet voraussichtlich im August 2024. Der Mehrbedarf f $\tilde{A}\frac{1}{4}$ r Alleinerziehende von derzeit 67,56  $\hat{a}$  $^{*}$  $^{*}$  reicht bei weitem nicht aus, um die oben beschriebene monatliche Differenz aufzubringen.

Da eine längerfristige Sicherung der Unterkunft durch ein Darlehen nicht zu erreichen ist, ist die SchuldenÃ⅓bernahme nicht gerechtfertigt (vgl. LSG NRW, Beschluss vom 14. Mai 2018, <u>L 2 AS 557/18 B ER</u>, juris RN 4). Denn eine Ã∏bernahme von Mietschulden erfolgt nicht, um Leistungsberechtigte von

zivilrechtlichen Forderungen aus dem MietverhĤltnis freizustellen oder um Zahlungsansprüche des Vermieters zu sichern. Zweck dieser zusätzlichen Sozialleistung ist allein die längerfristige Sicherung der (angemessenen) Unterkunft zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit. Ist dieser Zweck nicht (mehr) erreichbar, ist es nicht gerechtfertigt, Steuermittel für eine voraussichtlich allenfalls noch vorübergehende Nutzung der Unterkunft zur Verfþgung zu stellen.

Zudem kann nicht festgestellt werden, dass es den Antragstellern derzeit unmĶglich ist, eine angemessene Ersatzwohnung â $\square$  sogar in ihrem Ortsteil Z. â $\square$  zu finden. GrundsĤtzlich ist ihnen ein Umzug im gesamten Vergleichsraum zuzumuten, der alle Gemeinden des Landkreises W. â $\square$  bis auf die L. W. â $\square$  umfasst. Der Senat verkennt nicht, dass es nur wenige Angebote fÃ $^1$ /4r eine angemessene, d.h. etwa 60 mÅ $^2$  groÃ $\square$ e, Wohnung auf den Mietwohnungsmarkt fÃ $^1$ /4r G. gibt. Indes ergab eine Internetrecherche der Berichterstatterin am 8. Juli 2024 in Z. mehrere Angebote fÃ $^1$ /4r angemessene Zwei- und Dreiraumwohnungen mit WohnflÃ $^2$ chen von knapp Ã $^1$ /4ber 50 mÅ $^2$  bis zu 67 mÅ $^2$ .

Der Wunsch der Antragsteller, in eine Dreiraumwohnung umzuziehen, damit der Antragsteller ein Kinderzimmer zur alleinigen Benutzung erhĤlt, ist fĽr den Senat verstĤndlich und gut nachzuvollziehen. Indes besteht entgegen der Auffassung der Antragsteller kein Anspruch auf das Vorhandensein eines Kinderzimmers. Je nach Zuschnitt ist es auch in einer Zweiraumwohnung mĶglich, jedem der beiden Bewohner einen eigenen Rýckzugsbereich einzuräumen.

Ebenso ist es verstĤndlich, dass die Antragstellerin ihrem achtjĤhrigen Sohn einen Schulwechsel wÄxhrend der Grundschulzeit nicht zumuten will und daher einen Umzug in einen anderen Ortsteil von G. ablehnt. Insoweit muss sie sich aber entgegenhalten lassen, dass sie â∏∏ im Jahr 2023 â∏∏ in Kenntnis der Unangemessenheit der Wohnung und der weiteren Verteuerung der Unterkunftskosten den Antragsteller am derzeitigen Wohnort eingeschult und damit das Risiko eines Schulwechsels aufgrund der Notwendigkeit des Umzugs in eine kostenangemessene Wohnung in Kauf genommen hat. Der Senat vertritt zudem die Auffassung, dass allein die Vermeidung eines Schulwechsels â∏ ggf. während eines Schuljahres â∏ nicht ausreichend ist, um Mietschulden für eine unangemessene Wohnung zu übernehmen. Eine Vielzahl von Kindern ist von einem Umzug der Eltern betroffen, der sich nicht an schulischen Belangen der Kinder orientiert. Es kommt zu Umzügen, wenn die Eltern den Arbeitsplatz wechseln, Elternbeziehungen zerbrechen oder attraktiverer Wohnraum finanziert werden kann. Es handelt sich um VerĤnderungen in den LebensumstĤnden, mit denen auch Kinder zurechtkommen kA¶nnen und mA¼ssen (vgl. LSG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 23. August 2023, L 31 AS 627/23 B ER, juris RN 22). Ein Wechsel von Schallerinnen und Schallern auf andere Schulen ist zumindest nach Ablauf eines Halbjahres in jedem schulischen Alltag ein Normalfall und Kindern grundsÄxtzlich zumutbar.

Erstreckt sich die Wohnungssuche  $\tilde{A}^{1}/_{a}$ ber den Ortsteil Z. hinaus auf die Stadt G. oder den gesamten Vergleichsraum  $\hat{a} = \tilde{A}$ briger Landkreis $\hat{a} = 1$ , besteht nach dem

Methodenbericht des Konzepterstellers aus dem April 2021 ein hinreichendes Angebot an angemessenen Wohnungen auf dem Mietwohnungsmarkt.

Schlieà lich haben die Antragsteller die Frage nach der bisherigen Wohnungssuche bis zur Entscheidung des Senats nicht beantwortet, sodass bereits nicht glaubhaft gemacht worden ist, dass (angemessene) Alternativwohnungen nicht zur Verfà 4 gung stehen. Die Antragsteller sind daher auf die zumutbare MÃ glichkeit eines Wohnungswechsels und den Bezug einer angemessenen Wohnung zu verweisen.

Der Vortrag der Antragsteller im Beschwerdeverfahren, ein Umzug sei unwirtschaftlich und sie kĶnnten ihn nicht aus eigenen Mitteln finanzieren, ist nicht stichhaltig. Vorliegend handelt es sich um einen erforderlichen Umzug, sodass (ggf. durch Darlehensleistungen) Umzugskosten und eine Kaution finanziert werden kĶnnten (ŧ 22 Abs. 6 SGB II).

Da nach alledem kein Anordnungsanspruch besteht, kann dahinstehen, ob ein Anordnungsgrund glaubhaft gemacht worden ist und den Antragstellern aktuell ein Verlust der Wohnung droht.

Nach den obigen AusfÃ $\frac{1}{4}$ hrungen bestanden fÃ $\frac{1}{4}$ r das Beschwerdeverfahren des einstweiligen Rechtsschutzes keine hinreichenden Aussichten auf Erfolg iSv  $\frac{\hat{A}\S}{73a}$  Abs. 1 SGG in Verbindung mit den  $\frac{\hat{A}\S\hat{A}\S}{114}$  ff. ZPO, sodass die Bewilligung von Prozesskostenhilfe fÃ $\frac{1}{4}$ r das Beschwerdeverfahren abzulehnen war.

Die Kostenentscheidung beruht auf der entsprechenden Anwendung von <u>§ 193</u> SGG.

Dieser Beschluss ist nicht mit der Beschwerde anfechtbar (<u>§ 177 SGG</u>).

Erstellt am: 26.07.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024